

Informelles Treffen der Bildungsminister der Europäischen Union

Paris, Dienstag, den 17. März 2015

Erklärung zur Förderung von staatsbürgerlicher Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung

ANGESICHTS DER ERKLÄRUNG DER MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN RATES IM ANSCHLUSS AN IHR INFORMELLES TREFFEN VOM 12. FEBRUAR 2015

Erklären wir, die für die Bildung zuständigen Minister,

und der Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Jugend und Sport,

hiermit:

Als Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark zu Beginn dieses Jahres, und im Gedenken an ähnliche Schreckenstaten in Europa in der jüngeren Vergangenheit, bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, uns gemeinsam für die Stärkung unserer Grundwerte einzusetzen, die ein zentrales Anliegen der Europäischen Union sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit (vor allem freie Meinungsäußerung), Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz (vor allem zwischen Frauen und Männern), Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte. Diese Werte werden von den Mitgliedstaaten geteilt - in einer europäischen Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Die direkte Reaktion unserer Länder war außergewöhnlich. Nun ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen. Wir in Europa können stolz auf die Bewältigung vergangener Konflikte sein. Nun geht es jedoch erneut darum, Herausforderungen, wie den Schutz und die Stärkung des europäischen Freiheitsgeistes anzunehmen, der es gemäß den Werten der Union versteht, kritisches Denken und die Achtung der Mitmenschen in Einklang zu bringen.

Unsere größte Herausforderung ist der Schutz des Pluralismus unserer Gesellschaften, wofür konkrete Maßnahmen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene nötig sind.

Wir, die Bildungsminister und der europäische Kommissar, stehen bei der Weitergabe der humanistischen und staatsbürgerlichen Werte, für die wir gemeinsam stehen, ganz besonders in der Pflicht. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, Gedankenfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen,

soziale Eingliederung und die Achtung der Mitmenschen zu fördern, sowie Diskriminierungen jeglicher Art vorzubeugen und zu bekämpfen.

Deshalb rufen wir zur Verstärkung der Bemühungen auf, die Vermittlung und Aneignung dieser Grundwerte bereits vom frühen Kindesalter an zu verstärken, und daran zu arbeiten, durch entsprechende Bildung integrativere Gesellschaften zu schaffen.

Das wichtigste Ziel der Bildung ist nicht nur das Vermitteln und das Fördern von Kenntnissen, Fähigkeiten, Verhaltensweisen und Grundwerten. Ihr obliegt es auch, jungen Menschen, gemeinsam mit den Eltern und Familien, dabei zu helfen, aktive, verantwortungsbewusste und weltoffene Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Die Jugend stellt unsere Zukunft dar. Deshalb muss sie diese auch gestalten können. Wir müssen unsere Kräfte einen, um Ausgrenzung, Intoleranz, Rassismus und Radikalisierung vorzubeugen und diese zu bekämpfen und um uns für Chancengleichheit einzusetzen. Dazu müssen wir auf dem Initiativegeist und dem Engagement der jungen Menschen aufbauen und die gemeinsamen Grundwerte bekräftigen, die unseren Demokratien zugrunde liegen.

Dies ist eine schöne und große Herausforderung, die wir gemeinsam annehmen müssen.

AUF NATIONALER, REGIONALER UND LOKALER EBENE

Wir verpflichten uns, unsere Maßnahmen im Bildungsbereich mit folgenden Zielsetzungen zu stärken:

- 1) Dafür zu sorgen, dass die Bildung ihre ganze Dimension der sozialen Eingliederung, der Ausbildung des Individuums und des Bürgers beibehält, indem sie die Grundwerte und die Prinzipien vermittelt, die die Grundlage unserer Gesellschaften bilden;
- 2) Eine integrative Bildung für alle Jugendlichen zu gewährleisten, die Rassismus und jede Art von Diskriminierung bekämpft, die Staatsbürgerschaft fördert und sie lehrt, Unterschiede in Meinung, Überzeugung, im Glauben und Lebensweise zu verstehen und zu akzeptieren, und Rechtsstaatlichkeit, Verschiedenheit und Gleichheit der Geschlechter zu respektieren;
- 3) Die Fähigkeiten von Jugendlichen zu stärken, kritisch zu denken und Urteilsvermögen zu entwickeln, sodass sie speziell im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke in der Lage sind, Gegebenheiten zu erfassen, Tatsachen von Meinungen zu unterscheiden, Propaganda zu erkennen und jeder Art von ideologischer Beeinflussung und Hasstiraden zu widerstehen;
- 4) Die Benachteiligungen in geografischer, sozialer und bildungspolitischer Hinsicht, sowie Vorbestimmtheit zu bekämpfen, die zu Verzweiflung führen und Nährboden für Extremismus bereiten, indem man allen Jugendlichen die

Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die für den Aufbau ihrer beruflichen Zukunft und ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft nötig sind, und indem man Maßnahmen zur Verringerung der Schulabbrecherquote und zur verbesserten sozialen und beruflichen Integration fördert;

- 5) Den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren des Bildungswesens, insbesondere der Eltern, Familien und Verbandsstrukturen zu fördern, und auf dem Sinn für Unternehmensgeist und dem Einsatz der jungen Menschen zur Stärkung der sozialen Bindung und zur Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls aufzubauen;
- 6) Lehrkräfte zu schulen und zu unterstützen, um sie besser in die Lage zu versetzen, gegen jede Art von Diskriminierung und Rassismus Position zu beziehen, um die Jugendlichen für den Umgang mit den Medien zu erziehen, um den Bedürfnissen von Schülern verschiedenster Herkunft Rechnung zu tragen, um gemeinsame Grundwerte zu vermitteln und um Rassismus und Intoleranz vorzubeugen und diese zu bekämpfen.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Auch wenn die Zuständigkeit für die Bildungssysteme und deren Inhalte in den Mitgliedsstaaten verbleibt, so wird die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in diesem Bereich entscheidend für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen sein, die Europa zu bewältigen hat.

Es besteht ein dringender Bedarf an Zusammenarbeit und Koordinierung, an Erfahrungsaustausch und an der Gewährleistung, dass die besten Ideen und Praktiken innerhalb der Europäischen Union verbreitet und ausgetauscht werden können, um:

1. zu gewährleisten, dass die Kinder und Jugendlichen dank der Förderung von demokratischen Werten und Grundrechten, sozialer Eingliederung, Nicht-Diskriminierung und aktiver Staatsbürgerlichkeit soziale, staatsbürgerliche und interkulturelle Kompetenzen erlangen;
2. das kritische Denken und die Medienkompetenz, vor allem im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke, zu verbessern, um Widerstand gegen jede Art von Diskriminierung und ideologischer Beeinflussung zu entwickeln;
3. die Erziehung von benachteiligten Jugendlichen zu fördern, indem wir darauf achten, dass unsere Erziehungs- und Bildungssysteme ihren Bedürfnissen Rechnung tragen;
4. den interkulturellen Dialog durch alle Formen des Lernens und in Zusammenarbeit mit allen anderen Politikbereichen und anderen betroffenen Akteuren zu fördern.

Diese Zielsetzungen können folgendermaßen gefördert werden:

- durch den *strategischen Rahmen „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ (ET 2020)*, durch seine Prioritäten, das Peer Learning, den Austausch und die Verbreitung guter Praktiken;
- durch das Programm *Erasmus +*, dank der Förderung der Mobilität der Schüler, Studenten und Lehrkräfte; dank strategischer Partnerschaften und Kooperationsplattformen von Schulen; sowie dank des Dialogs und gemeinsamer Projekte zur staatsbürgerlichen Erziehung, Freiwilligenarbeit und Jugendaustausch;

sowie durch:

- andere europäische politische und Finanzierungsinstrumente für die an der Bildung beteiligten Bereiche, wie das Programm *Horizon 2020* (speziell in Bezug auf die Säulen „Gesellschaftliche Herausforderungen“ und „Wissenschaft mit und für die Gesellschaft“) und der *Rahmen für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in Europa*, sowie die Auslotung der Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Bildung und anderen betroffenen Bereichen, wie Kultur, Sport, Beschäftigung, soziales Wohlergehen, Sicherheit und andere Arten der Zusammenarbeit bei der sozialen Eingliederung;
- die Förderung der Sensibilisierung und der Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner;
- die Suche nach möglichen Synergien mit Hilfe der laufenden Arbeiten des Europarates im Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung und der interkulturellen Verständigung.

Wir ersuchen den Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport, bei seinem nächsten Treffen am 18. und 19. Mai 2015 über Folgemaßnahmen zu dieser Erklärung zu diskutieren.